



Mitteilungsblatt

Ausgabe 3 / 2006

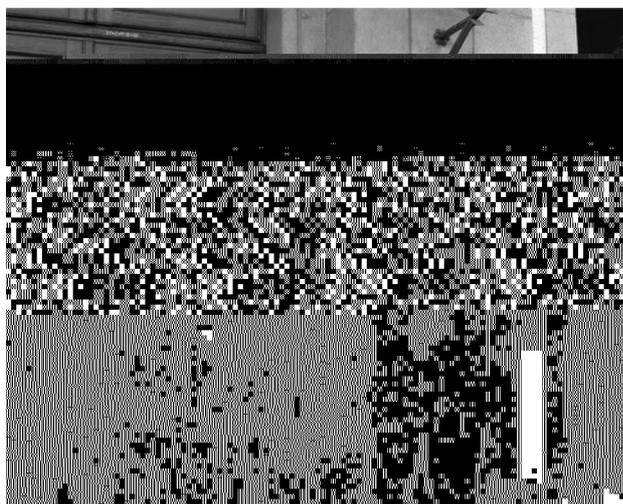
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit der vorliegenden Ausgabe informieren wir Sie über die Aktivitäten des Landesverbands in den letzten Monaten des Jahres 2006.

Der Landesvorstand und die Redaktion des Mitteilungsblatts wünschen allen Lesern ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein glückliches Neues Jahr 2007.

Landesvorstand bei Justizminister Dr. Bamberger

Am 18. September 2006 trafen sich die Landesvorsitzende Ulrike Müller-Rospert und deren Stellvertreter Reinhard Endell zu einem Gespräch mit dem Minister der Justiz Dr. Heinz Georg Bamberger, an dem auch die Staatssekretärin Beate Reich und die Leiterin der Zentralabteilung im Justizministerium Dr. Brigitte Mandt teilnahmen.



v.l.n.r.: Endell, Müller-Rospert, Reich, Dr. Bamberger

Mit dem Minister wurden die folgenden Themen erörtert:

1. Peßy – Pensenschlüssel: Der Minister sagte zu, die Proberechnung mit den Zahlen aus 2005 liege Ende des Jahres 2006 vor.
2. Die Auswirkungen der Föderalismusreform:
Zur Übertragung der Gesetzgebungskompetenz auf die Länder im Strafvollzug teilte der Minister mit,

dass zusammen mit anderen Bundesländern ein Strafvollzugsgesetz für den Jugendvollzug erarbeitet wird, bei dem der Erziehungsgedanke besonders betont werden soll.

Die Absenkung der Eingangsbesoldung um 10 Prozent bei Richterinnen/Richtern auf Probe für die ersten drei Jahre wurde vom Minister angekündigt. In diesem Zusammenhang wurde die mögliche Gefahr eines Wettbewerbes zwischen den einzelnen Bundesländern um besonders qualifizierte Kandidaten erörtert, bei dem die Länder, die von einer Absenkung der Eingangsbesoldung Gebrauch machen, das Nachsehen haben könnten. Der Minister erläuterte hierzu, dass von einem zehnprozentigen „Korridor“ Gebrauch gemacht werden solle; d.h. bei 10 Prozent der einzustellenden Kandidaten könne von der Besoldungsabsenkung abgesehen werden, um besonders qualifizierte Juristen für die Justiz in Rheinland-Pfalz zu gewinnen.

Ferner wurde die Verlängerung der Lebensarbeitszeit auf 68 Jahre auf freiwilliger Basis angekündigt, für die auslaufende Altersteilzeitregelung solle ein Nachfolgemodell entwickelt werden, das kostengünstiger sein müsse.

3. Aufhebung von Richtervorbehalten:
Das Justizministerium beabsichtigt zu prüfen, bislang richterliche Aufgaben, zum Beispiel in Nachlasssachen, Registersachen und Betreuungssachen auf Rechtspfleger zu übertragen (Erweiterung des § 19 RPfG).
4. Landesrichtergesetz:
Der Minister sagte hinsichtlich der Rückübertragung von Aufgaben des Präsidialrats auf den Hauptrichterrat die Prüfung der Vorschläge des Richterbundes zu.
5. Unterschiedliche Erprobungsdauer:
Diese beträgt zur Zeit beim Pfälzischen Oberlandesgericht Zweibrücken 7 Monate, beim Oberlandesgericht Koblenz 10 Monate. Der Minister begründete dies mit einem Beförderungsstau im Bezirk des OLG Koblenz.
6. Fortbildung von Berufsanfängern:
Auf diese Forderung des Richterbundes teilte der Minister das Ergebnis einer anonymen Umfrage beim Einführungslehrgang in Bad Münster mit, wonach die jungen Kollegen dies nicht gewünscht hätten. Das Justizministerium sieht deshalb keine entsprechende Notwendigkeit.



7. Zur Haushaltslage berichtete der Minister, für 2006 seien die Mittel ausgeschöpft, für 2007 bestünde die Hoffnung auf einige zusätzliche Stellen, etwa zum Ausgleich von Härtefällen im Zusammenhang mit der Altersteilzeit.
 8. Der Minister möchte die Möglichkeiten der Mediation erweitern, etwa durch Einführung eines Güterichters.
 9. Der Minister regte ferner die Bildung von Qualitätszirkeln auf freiwilliger Basis bei Richtern an, eventuell organisiert über die örtlichen Richterräte.
- Das sehr informative und ausführliche Gespräch fand in einer außerordentlich angenehmen und freundlichen Atmosphäre statt.

Reinhard Endell, Mainz.

Aus Präsidium und Landesvorstand

Die Landesvorsitzende Müller-Rospert und ihr Stellvertreter Endell sowie Präsidiumsmitglied Geisert haben wiederum zahlreiche Termine wahrgenommen.

- Rechtspflegertag in Mainz mit dem Hauptthema war die Aufgabenübertragung auf die Rechtspfleger.
 - Landesvertreterversammlung des Richterbundes Hessen in Frankfurt mit Podiumsdiskussion zum Thema „Justiz und Medien“.
 - Anhörung in der CDU-Landtagsfraktion in Mainz zum Haushaltsentwurf. Mit dem rechtspolitischen Sprecher, Dr. Wilke, fand ein intensives Gespräch statt, ein spürbares Interesse an der Justiz war zu verzeichnen. Themen waren u.a. das Betreuungsrecht und die Ausgaben für PKH. Auf den fehlenden „Speckgürtel“ der Justiz in personeller Hinsicht wies der Landesverband besonders hin.
 - Verwaltungsrichtertag in Neustadt an der Weinstraße. Der neue Vorsitzende, RVG Müller-Rentschler, ist sehr an einer engen Zusammenarbeit mit dem Landesverband interessiert. Für den Landesverband ist die Sachkunde der Verwaltungsrichter bei Stellungnahmen wichtig, etwa zu beamtenrechtlichen Fragen.
 - Bundesvorstandssitzung in Bremen vom 09./10. Nov. 2006. Themen waren u.a.:
 - Die Kandidaten der einzelnen Landesverbände für die nächste Wahl zum Präsidium des Bundesverbandes haben sich vorgestellt, aus Rheinland-Pfalz VROLG Gerhart Reichling aus Zweibrücken.
 - Der nun für die DRiZ zuständige Verlag hat die Zahl der Abonnenten angesprochen (nur 9500 bei insgesamt 14500 Mitgliedern), außerdem die hohe Zahl von Frei-Abonnements (1000, davon 400 für die Bezirksvereine). Diskutiert wurde die Frage eines Pflichtbezugs. Auch das inhaltliche Konzept wurde von Seiten des neuen Verlagsleiters kritisiert.
- Angesichts der unterschiedlichen Vorschläge aus den Landesverbänden wurde die Abstimmung zum Thema „Selbstverwaltung der Justiz“ verschoben und eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die ein gemeinsames Arbeitspapier erstellen soll.
 - Tagung der sog. Findungskommission des DRB. Einstimmig wurde Frank vom Landesverband Baden-Württemberg als neuer Bundesvorsitzenden vorgeschlagen. Dieser beabsichtigt, eine Freistellung von 20 % in Anspruch zu nehmen, so dass vorbehaltlich der Berechnung der Landeskasse BW wohl nur ein Ausgleich der Gehaltsdifferenz getragen werden muss; dies wird vorläufig der Bundesverband übernehmen.
 - Der Landesverband ist durch ROLG Geisert in der neu gegründeten Arbeitsgruppe „Besoldung und Versorgung“ vertreten. Sie soll, da die Zuständigkeit für diese Bereiche nach der Föderalismusreform auf die Länder übergegangen ist, eine Plattform zum Austausch der Informationen aus den einzelnen Bundesländern sein, und wird vom Bundesverband unterstützt. Ein Überblick über die Entwicklung der letzten 15 Jahre zeigt, dass in diesem Zeitraum bereits erhebliche Einkommenseinbußen zu verzeichnen waren. Die Sparmaßnahmen in den Ländern haben schon zu nicht unerheblichen Unterschieden in den Besoldungen (Sonderzahlungen, Beihilfe) geführt.
 - Anhörung im Ministerium der Finanzen zur (a) Altersteilzeit und (b) Absenkung der Eingangsbesoldung
 - a) Zur Altersteilzeit ist eine landesrechtliche Ausgestaltung in Vorbereitung, mit einem allerdings geringeren finanziellen Anreiz (statt 83 % nur noch etwa 60 %), auch in Kombination mit einem Hinausschieben der Altersgrenze (dann 70 %), in diesem Fall mit einem Zuschlag zum Grundgehalt ab 65. Allerdings gibt es zur Erstreckung der Regelung auf Richter und Staatsanwälte noch keine konkreten Pläne; das soll noch geprüft werden. Es scheint alles auf eine Anhebung der Lebensarbeitszeit hinauszulaufen.
 - b) Von Seiten des Landesverbandes wurden Befürchtungen zur Verzerrung der Wettbewerbssituation zwischen den einzelnen Ländern geäußert, auch ist der 10%-ige Korridor zu klein. Das Problem ist im Finanzministerium zwar erkannt, im Hinblick auf fiskalische Zwänge jedoch nicht für durchgreifend erachtet worden.
 - Die begonnenen Gespräche mit den Fraktionen des Landtags (Arbeitskreis Recht der SPD bzw. der FDP) sollen Anfang 2007 fortgesetzt werden sollen.



Landesvertreterversammlung 2007

Die Landesvertreterversammlung wird am **22.03.2007** in Zweibrücken stattfinden. Tagungsort ist die „Fasanerie“.

Im offiziellen Teil am Vormittag wird voraussichtlich Justizminister Dr. Bamberger die Festansprache halten. Im Internen Teil am Nachmittag stehen auf dem Programm die Neuwahlen des Präsidiums, zu dem die PräsLG Irmgard Wolf und VROLG Werner nicht mehr kandidieren werden. Geplant sind auch Satzungsänderungen bezüglich der Gewährung von Rechtsschutz (Übertragung der Entscheidung auf das Präsidium) sowie eine geschlechtsneutrale Formulierung der Satzung. Die Einladung nebst Satzungsentwurf geht den Bezirks- und Fachvereinen Anfang Februar 2007 zu.

19. Deutscher Richter- und Staatsanwaltstag in Würzburg

Vom 17. bis zum 19. September 2007 veranstaltet der DRB den 19. Deutschen Richter- und Staatsanwaltstag in Würzburg. Tagungsort ist das Congress Centrum.

Justiz „europäisch“ – Recht oder schlecht? lautet das Generalthema. In der Abteilung I wird der „Abschied von nationalen Zivilrecht“ behandelt.

Referenten werden über die Notwendigkeit eines einheitlichen Zivilrechts in Europa pro und contra – auch aus der Sicht internationaler Unternehmen – diskutieren. Für den Strafrechtler bietet die Abteilung II (Strafprozessrecht in der Konkurrenz) einen Überblick über die gesetzlichen Möglichkeiten der Strafverfolgung in unseren Nachbarländern. Sind Gesetzesänderungen notwendig, um wirksam neue Formen der Kriminalität zu bekämpfen und gibt es Vorbilder in anderen Ländern? Mit den viel beklagten rechtsstaatlichen Defiziten der EU beschäftigt sich die Abteilung III unter dem Titel „Rechtsstaat und europäische Rechtssetzung“. Welche Aufgabe verbleibt dem BVerfG bei der Überprüfung von Europarecht? Seit Jahren wird im DRB die Forderung nach einer „Selbstverwaltung der Justiz“ leidenschaftlich diskutiert. Europäische Modelle der Selbstverwaltung werden in den Veranstaltungen der Abteilung IV von Kollegen aus den Niederlanden, Spanien und Ungarn dargestellt und mit dem Modell des DRB verglichen.

Das Forum Gerechtigkeit stellt die Frage: Gleiches Recht für alle? Zur Einführung in dieses Thema wird die frühere Präsidentin des BVerfG Jutta Limbach ein Impulsreferat halten. Unter Beteiligung eines Journalisten, eines Rechtsanwalts, eines Politikers und eines Richters wird anschließend eine Podiumsdiskussion stattfinden.

Wie schon auf dem letzten Richtertag in Dresden werden auch in Würzburg zahlreiche Workshops (Aus der Praxis – Für die Praxis) durchgeführt. Themen dieser Workshops sind etwa das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, die Behandlung von Musterklagen, Formen der Mediation in der gerichtlichen Praxis, der elektronische Rechtsverkehr, Court picking, Qualitätszirkel oder Personalentwicklungskonzepte. Jede Fachgerichtsbarkeit bietet einen eigenen Workshop an, so beschäftigt sich die Sozialgerichtsbarkeit etwa mit Reformen des sozialgerichtlichen Verfahrens.

Während des Richtertages wird der DRB zum neunten Mal den Menschenrechtspreis verleihen. Derzeit wird aus den vielen qualifizierten Vorschlägen der Menschenrechtsorganisationen die würdigste Preisträgerin oder Preisträger von der Menschenrechtskommission des DRB ausgewählt. Mit der Verleihung des Menschenrechtspreises erhalten die Preisträger wichtige Anerkennung und Unterstützung im Kampf um die Wahrung der Menschenrechte. Die mit der Preisverleihung verbundene Publizität bietet zudem einen gewissen Schutz vor innerstaatlicher Verfolgung.

Mit der Lage der Justiz in Deutschland und aktuellen rechtspolitischen Fragen werden sich die Eröffnungsveranstaltung und die Schlussveranstaltung befassen. Ein attraktives Rahmenprogramm bittet zahlreiche Möglichkeiten die Residenzstadt Würzburg und das schöne Frankenland kennen zu lernen.

Nehmen Sie am 19. Richter- und Staatsanwaltstag in Würzburg teil und nutzen sie die Gelegenheit, Erfahrungen auszutauschen, Gewohntes zu hinterfragen, neue Erkenntnisse zu gewinnen und künftige Wege der Justiz zu diskutieren. Für die Teilnahme gewähren die zuständigen Ministerien im weitest möglichen Umfang Dienstbefreiung. Die Kosten der Teilnahme können als berufsbezogene Fortbildungsveranstaltung steuermindernd als Werbungskosten geltend gemacht werden. Das Tagungsprogramm und alle weiteren Informationen werden in den nächsten Ausgaben der DRiZ veröffentlicht.

Präsidialrat

Die letzte Sitzung des Präsidialrats der ordentlichen Gerichtsbarkeit unter Vorsitz des Präsidenten des Landgerichts Frankenthal Tholey, der bei den Neuwahlen zu den Richtervertretungen nicht mehr kandidierte, fand in dessen Dienstzimmer statt. Im Anschluss lud er die Mitglieder des Präsidialrats zu sich nach Hause ein. Diese bedankten sich mit einem Weinpräsent für die jahrelange gute Zusammenarbeit bei Herrn Tholey.



v.l.n.r.: Werner, Ludemann, Dr. Schaeffer, Blaschke, Tholey

Bei den Neuwahlen stand auch das langjährige Präsidialratsmitglied VROLG Udo Werner nicht mehr zur Wiederwahl; auch ihm sprachen die übrigen Mitglieder ihren Dank aus.

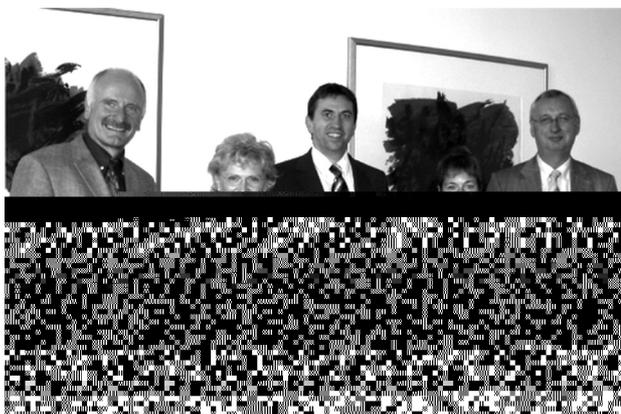
Neuwahlen zu den Richtervertretungen

Bei den Neuwahlen zu den Richtervertretungen der ordentlichen Gerichtsbarkeit für die nächsten vier Jahre konnten sich wiederum die Kandidaten des Richterbunds durchsetzen.

Präsidialrat

Zur neuen Vorsitzenden wurde gewählt die Präsidentin des Landgerichts Zweibrücken Irmgard Wolf, Vertreter ist der Präsident des Landgerichts Koblenz Hans Graefen.

Weitere Mitglieder sind die Direktorin des Amtsgerichts Speyer Dr. Ruth-Ellen Schaeffer, der Direktor des Amtsgerichts Alzey Gerd Ludemann, der Direktor des Amtsgerichts Cochem Thomas Henrichs und der Vorsitzende Richter am Landgericht Mainz Paul Blaschke.



v.l.n.r.: Blaschke, Wolf, Henrichs, Dr. Schaeffer, Ludemann

Haupttribunalrat

Vorsitzende ist, wie in den vergangenen vier Jahren, die Vorsitzende des Landesverbandes und Direktorin des Amtsgerichts Germersheim Ulrike Müller-Rospert. Stellvertretender Vorsitzender ist der Direktor des Amtsgerichts Idar-Oberstein Martin Probson. Zu weiteren Mitgliedern wurden gewählt Richter am Landgericht Mainz Thomas Bergmann, Richter am Amtsgericht Speyer Klaus Bischoff und Richterin Benita Marker in Linz am Rhein.

Aus den Mitgliedsvereinen

Bei der Neuwahl des Vorstands der Vereinigung der Richter und Staatsanwälte in Rheinhessen wurde der bisherige Vorsitzende VRLG Paul Blaschke wiedergewählt. Neues Mitglied im Vorstand ist RAG Jens Benner aus Worms.

Personalia

Neuer Präsident des Landesarbeitsgerichts Rheinland-Pfalz wurde der langjährige Landesvorsitzende der Vereinigung der Vorsitzenden der Arbeitsgerichte Dr. Norbert Schwab. Wir gratulieren herzlich.

In eigener Sache

Der **Redaktionsschluss** für das nächste Mitteilungsblatt ist der **31.03.2007**.

Impressum

Mitteilungsblatt Ausgabe 3/2006

Herausgeber:

Deutscher Richterbund – Landesverband Rheinland-Pfalz
Gerichtsstraße 6, 76726 Germersheim
www.richterbund-rlp.de

Redaktion:

- Paul Blaschke, VRLG, Landgericht Mainz
Diether-von-Isenburg-Str., 55116 Mainz
Tel.: 06131-1414228 / Fax: 06131-1414444
Email: mitteilungsblatt@richterbund-rlp.de
- Reinhard Endell, VRLG Landgericht Mainz
- Dorothee Feldmeier, RinArbG Mainz
- Dr. Wilhelm Tappert, RLSG, Mainz

Auflage: 1700 Exemplare

Druck: JVA Diez

Erscheinungsort: Mainz

Das Mitteilungsblatt wird an alle aktiven Richter und Staatsanwälte und die pensionierten Mitglieder des Landesverbandes kostenlos verteilt.